

2025/II/Innen/12 Jusos Hamburg

Keine Regelanfrage für den öffentlichen Dienst – Extremismusprävention statt „Radikalenerlass 2.0“

Beschluss:

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen:

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird dazu aufgefordert, dem geplanten „Gesetz zum Schutz des öffentlichen Dienstes vor verfassungsfeindlichen Einflüssen sowie zur Änderung weiterer Vorschriften“ zunächst nicht zuzustimmen. Stattdessen soll sich die SPD-Bürgerschaftsfraktion für ein demokratisches Gesamtkonzept der Extremismusprävention einsetzen.

Die Jusos Hamburg lehnen die geplante Gesetzesänderung in ihrer jetzigen Form grundlegend ab.

Überweisen an

Bürgerschaftsfraktion